

**DIE LINKE  
Fraktion im Dresdner Stadtrat**

Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Telefon 0351 – 488 2822

Telefax 0351 – 488 2823

E-Mail [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)

Web [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

Antrag Nr.: A0083/20

Datum: 14.05.2020

## **A N T R A G**

**Fraktion DIE LINKE.**

### **Gegenstand:**

Sozialen Folgen der Corona-Krise begegnen - Handlungsspielraum erhalten

### **Beschlussvorschlag:**

Die im Zuge der COVID-19-Pandemie erlassenen Maßnahmen haben zu einer bisher unbekanntenen Ausnahmesituation geführt, deren soziale Folgen kurz- und langfristig massiv sind und sein werden. Um im weiteren Verlauf der Krise auf Probleme reagieren und soziale Verwerfungen abmildern zu können, ist es unerlässlich, einen finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten.

1. Der Oberbürgermeister und der Fachdienstleiter für das Finanzwesen werden aufgefordert, die erlassene Haushaltssperre so zu überarbeiten und zu präzisieren, dass unverhältnismäßige fach- und finanzpolitische Folgen vermieden werden.

2. Der Stadtrat hebt die Haushaltssperre punktuell für folgende Bereiche auf:

- a) im Umfang von 500.000 EUR für das Bürgermeisteramt mit der Maßgabe, notwendige Ausgaben zur Milderung von Folgen der Haushaltssperre über alle Ämter hinweg bestreiten zu können,
- b) für 50 % der bisher nicht gebundenen Mittel, die über die Stadtbezirksförderrichtlinie zur Verfügung gestellt wurden,
- c) im Umfang von 1 Mio. EUR für den GB Soziales und Wohnen mit der Maßgabe, notwendige Ausgaben zur Milderung von Folgen der Corona-Krise bestreiten zu können,

- d) für alle bisher nicht gebundenen Mittel zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege im Geschäftsbereich Soziales und Wohnen,
- e) für alle bisher nicht gebundenen Fördermittel im Jugendamt,
- f) für alle bisher nicht gebundenen Fördermittel für die Sportförderung zur Bewilligung rechtzeitig gestellter richtlinienkonformer Anträge,
- g) für Sachmittel, die die Schulen zur Vorbereitung des nächsten Schuljahres benötigen (beispielsweise Erneuerung von Schulbüchern, Laptops, Besetzung vakanter Stellen von Schulsekretärinnen und Schulsekretären),
- h) für 50% der Anschaffungskosten der städtischen Bibliotheken (Beschaffung bei örtlichen Buchhandlungen),
- i) im Umfang von 300.000 EUR zur Absicherung des wiederanlaufenden Betriebes der nachgeordneten Einrichtungen des Kulturamtes.

**Beratungsfolge**

*Plandatum*

Ältestenrat	18.05.2020	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	26.05.2020	nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Finanzen	25.05.2020	nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)	26.05.2020	nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen	09.06.2020	nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium)	09.06.2020	nicht öffentlich	beratend
Unterausschuss Planung		nicht öffentlich	Vorberatung für Jugendhilfeausschuss
Jugendhilfeausschuss	11.06.2020	öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen	15.06.2020	nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat	25.06.2020	öffentlich	beschließend

## **Begründung:**

Die vom Fachbediensteten für das Finanzwesen erlassene Haushaltssperre ist in ihrer gegenwärtigen undifferenzierten Ausführung kontraproduktiv. Sie schränkt die Handlungsfähigkeit der Verwaltung und anderer Akteure der Stadtgesellschaft in unverhältnismäßiger Weise ein. Gleichzeitig wird sie im Verhältnis zu den gesamten gegenwärtig prognostizierten Einnahmeausfällen und Mehrkosten in Folge der Maßnahmen gegen COVID-19 nur einen geringen Entlastungsbeitrag erzeugen.

Deswegen muss der Stadtrat hier in zwei Schritten agieren. Einerseits sollte der Fachbedienstete für das Finanzwesen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die Haushaltssperre zielgenauer ausformulieren und präzisieren, vor allem um zu vermeiden, dass neben den unmittelbaren Folgen der COVID-19-Krise noch mittelbare Folgen durch die finanzwirtschaftlichen Maßnahmen entstehen und die Situation für die Dresdnerinnen und Dresdner unnötig verschärfen. Dazu werden Sie mit diesem Antrag aufgefordert. Andererseits muss der Stadtrat unmittelbar und aus eigener Kraft die Haushaltssperre für einige besonders dringliche Bereiche aufheben.

Dabei sind im Sozial- und Jugendbereich die noch nicht verwendeten Fördermittel freizustellen. Nur so können die freien Träger der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe ihre Potenziale zur Pandemiefolgenbekämpfung entfalten, ähnliches gilt für die Sportförderung, hier kommt Problemverstärkend hinzu, dass die Bearbeitung von Förderanträgen bis hin zur Bescheidung extrem schleppend verlaufen ist, es sind Mittel im GB Soziales zur Pandemie- und Pandemiefolgenbekämpfung sowie im Bürgermeisteramt zur Minimierung von Folgen der Haushaltssperre freizugeben. Den Schulen muss es ermöglicht werden, das nächste Schuljahr vorzubereiten, dazu benötigen sie jetzt unmittelbar freie Mittel. Die Kultureinrichtungen müssen dort, wo sie wieder in Betrieb gehen, auf ein Minimum freier Mittel zugreifen können. Und zu guter Letzt sollten die Bibliotheken Neuanschaffungen wenigstens zu 50% umsetzen können, denn diese kaufen ihre Bücher ausschließlich beim örtlichen Buchhandel.

Zudem ist es nicht angemessen, den gewählten Stadtbezirksbeiräten ihre Mittel komplett zu entziehen. Hier muss ebenfalls finanzielle Bewegungsfreiheit erhalten werden, da auch hier mit Sicherheit örtlich wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise notwendig sind oder von örtlichen Akteuren vorgeschlagen werden.

**Zur allgemeinen Situation:** Die im Zuge der COVID-19-Pandemie erlassenen Maßnahmen und der gesellschaftliche "Shutdown" haben zu einer bisher ungekannten Situation geführt. Die Anforderung, zu Hause zu bleiben, und das Verbot sozialer Kontakte betrafen und betreffen Menschen unterschiedlich, je nach eigener Lebens-, Wohn- und Arbeitssituation. Bestimmte Personengruppen leiden besonders stark unter diesen Maßnahmen. So ist die Situation für Alleinerziehende besonders belastend, für Eltern von kleinen Kindern, die die Betreuung und Beschulung mit der Arbeit im Homeoffice vereinbaren müssen, für Menschen in kleinen Wohnungen ohne Zugang zu einem Balkon oder Garten, für alleinstehende Personen, insbesondere ältere oder Angehörige der Risikogruppen, denen ohne soziale Kontakte Vereinsamung droht, Menschen ohne festen Wohnsitz und Menschen, die in Sammelunterkünften leben, Menschen, denen nun Unterstützung fehlt, um ihre Angehörigen mit schweren Behinderungen zu betreuen. Zahlreiche Selbstständige haben von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren, vielen Beschäftigten droht die Kündigung. Als Konsequenz der nun bereits seit Wochen andauernden Isolation ist nach Einschätzung der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) sowie des Kinderschutzbundes mit einem deutlichen Anstieg von (gewalttätigen) Konflikten in Privathaushalten

auszugehen. Frauen und Kinder sind von den derzeitigen als „Shutdown“ summierten Maßnahmen besonders stark betroffen. Diese kritische Belastung bleibt nach außen hin jedoch zumeist unsichtbar.

Mit derzeitigem Erkenntnisstand ist eine vollumfassende Rückkehr zur Normalität in absehbarer Zukunft nicht zu realisieren. Auch wenn die schrittweise Lockerung der Maßnahmen nun vollzogen wird, bleiben psychische und physische Auswirkungen durch die individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie bestehen.

Bereits jetzt zeichnen sich erhebliche soziale Folgen ab, die noch lange über die jetzige Krisensituation hinaus andauern werden. Die Arbeitsagentur rechnet mit einem Anstieg von 40 % zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften in Dresden. Aktuell ist eine Steigerungsrate bei Erstanträgen im Kreis der Selbstständigen um 1050 % zu verzeichnen, bei abhängig Beschäftigten um 250 %. Jeder weitere Monat des anhaltenden „Shutdowns“ wird diese Entwicklung noch verschärfen.

Um diesen bereits jetzt deutlich sichtbaren massiven sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie begegnen zu können, die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht noch weiter zu verschärfen, soziale Härten wo es geht abzuschwächen und auch Konfliktsituationen in Familien aufarbeiten zu können, ist es notwendig, dass die Landeshauptstadt als Akteurin handlungsfähig bleibt.

André Schollbach  
Fraktion DIE LINKE

#### **Anlagenverzeichnis:**

-